Nr. 385

Vollzugsverordnung zum Bundesgesetz über die Wehrpflichtersatzabgabe

vom 30. Oktober 2007 (Stand 1. Juni 2013)

Der Regierungsrat des Kantons Luzern,

gestützt auf Artikel 22 Absatz 4 des Bundesgesetzes über die Wehrpflichtersatzabgabe vom 12. Juni 1959¹,
auf Antrag des Justiz- und Sicherheitsdepartementes,

beschliesst:

1 Zuständigkeiten

§ 1 *Dienststelle Militär, Zivilschutz und Justizvollzug*

¹ Die Dienststelle Militär, Zivilschutz und Justizvollzug ist die zuständige kantonale Behörde gemäss Bundesgesetz über die Wehrpflichtersatzabgabe (WPEG), insbesondere für die Veranlagung und die Erhebung dieser Abgabe.

§ 2 * *Kantonsgericht*

¹ Rekurskommission im Sinn von Artikel 22 Absatz 3 WPEG ist das Kantonsgericht des Kantons Luzern.

¹ SR [661](#). Auf dieses Gesetz wird im Folgenden nicht mehr hingewiesen.

* Siehe Tabellen mit Änderungsinformationen am Schluss des Erlasses.

§ 3 *Amtshilfe*

- ¹ Die für die Steuerveranlagung zuständige Behörde meldet der Dienststelle Militär, Zivilschutz und Justizvollzug von jedem im Kanton Luzern wohnhaften Ersatzpflichtigen
- die für die Veranlagung der Ersatzabgabe massgebenden Einkommensbestandteile aufgrund der Veranlagung zur direkten Bundessteuer oder, wenn keine solche vorliegt, zur Staatssteuer,
 - das Ergebnis von Revisionen für die direkte Bundessteuer oder die Staatssteuer,
 - die Eröffnung und das Ergebnis von Nachsteuerverfahren für die direkte Bundessteuer oder die Staatssteuer.
- ² Sie meldet die erforderlichen Veranlagungsgrundlagen mit dem ihr von der Dienststelle Militär, Zivilschutz und Justizvollzug für jeden Ersatzpflichtigen zugestellten Veranlagungsformular, mittels vergleichbarer Hilfsblätter oder durch elektronischen Datenaustausch.
- ³ Im Übrigen richtet sich die Amtshilfe der mit dem Vollzug des Bundesgesetzes über die Wehrpflichtersatzabgabe betrauten Behörden nach Artikel 24 WPEG.

§ 4 * *Strafverfolgung und gerichtliche Beurteilung*

- ¹ Ordentliche Strafverfolgungsbehörde im Sinn von Artikel 44 Absatz 2 WPEG ist die Staatsanwaltschaft.
- ² Strafverfügungen der Dienststelle Militär, Zivilschutz und Justizvollzug im Sinn von Artikel 44 Absatz 4 WPEG werden durch das örtlich zuständige Bezirksgericht gerichtlich beurteilt.

2 Mahnung und Erlass *

§ 5 *Gebühr für die zweite Mahnung*

- ¹ Für die zweite Mahnung zur Bezahlung der rechtskräftig festgesetzten Ersatzabgabe wird eine Gebühr von 40 Franken erhoben.

§ 5a * *Erlass*

- ¹ Gegen Entscheide in Anwendung von Artikel 37 Absatz 2 WPEG kann innert 30 Tagen seit Zustellung schriftlich bei der Dienststelle Militär, Zivilschutz und Justizvollzug Einsprache erhoben werden.
- ² Gegen Einspracheentscheide ist die Verwaltungsgerichtsbeschwerde an das Kantonsgericht zulässig. Dem Kantonsgericht steht die Ermessenskontrolle zu. *

3 Schlussbestimmungen

§ 6 *Aufhebung bisherigen Rechts*

¹ Die Verordnung über den Militärflichtersatz vom 17. März 1980² wird aufgehoben.

§ 7 *Inkrafttreten*

¹ Die Verordnung tritt am 1. Januar 2008 in Kraft. Sie ist zu veröffentlichen.

² G 1980 54 (SRL Nr. 385)

Änderungstabelle - nach Paragraph

Element	Beschlussdatum	Inkrafttreten	Änderung	Fundstelle G
Erlass	30.10.2007	01.01.2008	Erstfassung	G 2007 318
§ 2	30.04.2013	01.06.2013	geändert	G 2013 187
§ 4	14.12.2010	01.01.2011	geändert	G 2010 358
Titel 2	28.11.2008	01.01.2009	geändert	G 2008 425
§ 5a	28.11.2008	01.01.2009	eingefügt	G 2008 425
§ 5a Abs. 2	30.04.2013	01.06.2013	geändert	G 2013 187

Änderungstabelle - nach Beschlussdatum

Beschlussdatum	Inkrafttreten	Element	Änderung	Fundstelle G
30.10.2007	01.01.2008	Erllass	Erstfassung	G 2007 318
28.11.2008	01.01.2009	Titel 2	geändert	G 2008 425
28.11.2008	01.01.2009	§ 5a	eingefügt	G 2008 425
14.12.2010	01.01.2011	§ 4	geändert	G 2010 358
30.04.2013	01.06.2013	§ 2	geändert	G 2013 187
30.04.2013	01.06.2013	§ 5a Abs. 2	geändert	G 2013 187